

Stadtrat der Stadt Zwickau

6. Wahlperiode

Antrag der Fraktionen CDU/FDP, SPD/Grüne/Tierschutzpartei, DIE LINKE, Bürger für Zwickau und AfD

zur Aufnahme eines Verhandlungsgegenstandes auf die Tagesordnung der Sitzung Stadtrat 19.12.2019 gemäß § 2, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates

Vertrag zum Verbot von Atomwaffen

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Zwickau wird aufgefordert, sich im Namen der Stadt Zwickau dem Städteappell „ICAN“ (International Campaign to Abolish Nuclear weapons) anzuschließen und damit den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 zu unterstützen.

Der Appell soll folgenden Wortlaut haben:

„Die Stadt Zwickau ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest davon überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung nachdrücklich dazu auf, dem Vertrag beizutreten.“

Dr. Thomas Beierlein
Fraktionsvorsitzender
CDU/FDP

Jens Heinzig
Fraktionsvorsitzender
SPD/Grüne/Tierschutzpartei

Ute Brückner
Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE

Christopher Kühn
Fraktionsvorsitzender
Bürger für Zwickau

Sven Itzek
Fraktionsvorsitzender
AfD

Eingegangen am: 29.11.2019

Vorlagennummer: AN/006/2019-2